

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

91 (19.4.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 18 M. monatlich. — Einzelnummern 1 M.

Ausgabe: Verlags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Solonzeitung 240 M., auswärts 280 M. Die Reklamzeitung 750 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Konferenz und der deutsch-russische Vertrag

Anregung bei den Franzosen — eine scharfe Note der großen und kleinen Entente — im allgemeinen ruhige Auffassung über den Vertragsabschluss

Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag

(Sonderbericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdiensts“) Venedig, 17. April 1922.

Das Osterfest brachte Entscheidungen, die für den Fortgang der Konferenz vielleicht von weitgehender Bedeutung sind. Während sich die Auseinandersetzungen zwischen der Entente und Russland noch in einem schwebenden Stadium befinden, hat Deutschland mit Russland einen Wirtschaftsvertrag unterzeichnet, der in seinen Kernpunkten eine wechselseitige Verzichtleistung auf die Vorkriegs- und Nachkriegsschulden einschließlich der Entschädigung von Reichsdeutschen gebührend sozialisierten Vertriebenen und ein begrenztes Meißelbegünstigungsrecht für die Zukunft zum Ausdruck bringt. Es wird ein zweiter Kapollotratrat sein, unterzeichnet von Rathenau und Tschischewski. Mit der Unterzeichnung ist eine lange Verhandlungsreihe abgeschlossen, die bereits in Berlin begonnen, aus bestimmten Gründen jedoch erst in Venedig zum Abschluss geführt wurde.

Die Frage ist jetzt: Welche Wirkung wird der Vertragsabschluss ausüben? Die Rechte irgend eines anderen Staates sind durch die Unterzeichnung keineswegs verletzt, wie Deutschland sich auch nicht in die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten Russlands einmischt, sondern strengste Neutralität wahrt. Da ein Wirtschaftsvertrag mit Russland als Normalverhältnis nicht nur von der deutschen Arbeiterklasse, sondern in letzter Zeit gerade von der deutschen Industrie lebhaft gewünscht wurde, kann man unter den vorstehenden Umständen für Deutschland eine allgemeine Zustimmung erwarten. Das umso mehr, als sich die Zugeständnisse an Russland neben den Konzeptionen des anderen Teils wohl sehen lassen können. Und die Wirkung auf das Ausland? Schon wird die Frage aufgeworfen: War dieser Vertrag gerade im jetzigen Stadium notwendig? Wären die Ergebnisse die gleichen gewesen, wenn der Vertrag nach dem Zustandekommen eines Vertrages zwischen Russland und der Entente ausgefertigt und unterzeichnet worden wären? Da die Zusammenhänge hinter den Kulissen spielen und die Regierung in Venedig zu jenem Handel veranlaßt war, ist auf diese Frage schwer zu antworten. Rein gefühlsmäßig möchten wir zwar denen Recht geben, die glauben, daß auch später das gleiche Ergebnis zustande gekommen und für die Gegenwart außenpolitische Komplikationen zu vermeiden gewesen wären. Aber Gefühle können in dieser Situation nicht maßgebend sein, und wir müssen vorläufig den Regierungsvvertretern in Venedig das Vertrauen schenken, daß sie richtig und im Interesse Deutschlands gehandelt haben, selbst auf die Gefahr hin, daß man in Frankreich diese Gelegenheit zu einer neuen Propagandakampagne benutzen sollte. Das wird erwartet, da der Vertragsabschluss erfolgte, als die Beratungen innerhalb der Entente über das russische Problem vor einem vorläufigen Abschluß standen und man von französischer Seite in dem deutschen Schritt ein Verstoß gegen die Einmütigkeit sah. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß Deutschland einen Vertrag schloß ohne die allgemeinen Interessen der Konferenz zu schädigen, ohne für sich irgendwelche Sonderrechte zu beanspruchen. Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag wird gewissermaßen das offizielle Friedensabkommen zwischen Deutschland und Russland, dessen Inhalt die Ententestaaten schon den Vertragsschließenden überlassen müssen. Wie würden wir wünschen, daß diesem Dokument bald auch ein Vertrag zwischen Russland und der Entente folgen würde.

Russland behandeln sollten, haben die deutschen Vertreter ohne Wissen ihrer Kollegen in geheim einen Vertrag mit Russland geschlossen, der jene speziellen Fragen ins Auge faßt, die die deutschen Delegierten in loyaler Zusammenarbeit mit den Vertretern der anderen Länder zu erörtern verpflichtet gewesen wären. Dieser Vertrag ist nicht abhängig gemacht worden von irgend einer Prüfung oder Bestätigung durch die Konferenz. Wir müssen annehmen, daß er endgültig ist. Es handelt sich also in Wahrheit um eine Verletzung einiger der Grundätze, auf denen die Konferenz beruht. Unter diesen Umständen betrachten es die Unterzeichneten nicht als gerecht und billig, daß Deutschland, das eine besondere Abmachung mit Russland geschlossen hat, an der Erörterung einer Abmachung zwischen ihren Ländern und Russland teilnehmen könnte. Sie schließen also daraus, daß die deutschen Delegierten die Absicht haben, auf die fernere Teilnahme von Abmachungen zwischen den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern und Russland zu verzichten.

Lloyd George, Facta, Barthou, Theunin, Bonis, Skraunt, Minichitah, Diamanti, Jhili.

Ministerrat in Paris — Scharfer Protest Frankreichs

Paris, 18. April. Am Montag vormittag hat in Paris unter dem Vorsitz von Poincaré ein Kabinettsrat stattgefunden, in dem über die Vorfälle in Venedig und die dadurch geschaffene Lage verhandelt wurde. Anwesend waren außer dem Ministerpräsidenten noch die Minister des Innern, des Handels, der Justiz, der Arbeit und der Schiene, sowie der Unterstaatssekretäre für Post und Telegraphie.

Die „Agence Havas“ bemerkt offiziell: Auf Grund der von Poincaré ihm gegebenen Richtlinien habe der französische Delegierte in Venedig, Barthou, schon seit die letzten Einwürfe vom französischen Standpunkt gegen den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vorbringen können. Wenn der französische Ministerpräsident im Verlauf aller Nachrichten über den gestrigen Tag in Venedig sein werde, so werde er mit seinen Kollegen eine Entscheidung treffen und Barthou die nötigen Anweisungen geben lassen. Wahrscheinlich werde also heute abend eine neue außerordentliche Sitzung des Kabinetts stattfinden, wie die französische Antwort gemäß der zwischen den Alliierten in Venedig vereinbarten Haltung ausfallen soll.

Der deutsch-russische Vertrag widerspricht nicht dem Versailler Friedensvertrag

Wie aus Venedig gemeldet wird, kamen die juristischen Sachverständigen der Entente, die die Aufgabe hatten, zu prüfen, ob der deutsch-russische Vertrag mit dem Frieden von Versailles in Widerspruch stehe, zu dem Resultat, daß keine Verletzung des Friedensvertrages seitens Deutschlands vorliege. Die an Deutschland gerichtete Note trägt sich daher lediglich darauf, daß Deutschland die Befehle von Cannes außeracht gelassen habe.

Gegen den Ausschluß Deutschlands von den Verhandlungen über Russland

Wie der „Berl. Volksstimme“ meldet, stellt man in den Kreisen der deutschen Delegation fest, daß der Beschluß, Deutschland aus der Kommission, die sich mit der russischen Frage befaßt, auszuschließen, nur vom Willen der Kommission gefaßt werden könne. Es wird mit einem Einspruch der Neutralen gegen den Ausschluß Deutschlands von den Verhandlungen mit den Russen gerechnet. Besondere Beachtung findet in den Blättern die Tatsache, daß an dem gestrigen Vorkitt, das der Ministerpräsident de Facta für sämtliche Delegationen der Konferenz veranstaltete, auch die Deutschen teilnahmen, und daß die Note der Entente die Deutschen erst nach dem Bankett offiziell überreicht worden ist.

Französische Propaganda für sofortige Aufhebung des deutsch-russischen Vertrages

„Gavas“ meldet: Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß Barthou, als er sich am Donnerstag vormittag zur Sitzung begab, in der Lage war, seinen Kollegen den amtlichen französischen Standpunkt mitzuteilen, obgleich keiner der französischen Delegierten in dieser Hinsicht die geringste Erklärung hat abgegeben wollen, bevor mit den alliierten Vertretern Rücksprache genommen worden ist. So erscheint die Annahme naheliegend, daß Frankreich, das ohne Hintergedanken nach Venedig gekommen sei, mit dem ausdrücklichen Wunsch, an dem Erfolg der Konferenz mitzuarbeiten, durch eine übertriebene und unüberlegte Entschleunigung ihren Ausgang endgültig gefunden mußte. Man darf demnach nicht erwarten, daß es seine Mitarbeit an dem gemeinsam begonnenen Werk sofort einstellen, ohne vorher versucht zu haben, es weiter zu verfolgen. Wenn diese Ereignisse Gelegenheit dazu bieten und es sich in mit der Wahrung seiner Würde und seiner Interessen vereinbarten Grenzen bewege, Augenblicklich kann das Resultat nur erreicht werden, wenn die neue durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages geschaffene Lage sofort geändert wird, beispielsweise durch eine einfache Aufhebung dieses Abkommens unter Zustimmung beider Teile. Wenn Frankreich heute von seinen Alliierten fordert,

gemeinsam mit ihm die Aufhebung des deutsch-russischen Vertrages zu fordern, so tut es im Grunde nichts anderes, als daß es die Verteidigung des Versailler Vertrages noch einmal in die Hand nimmt, der unbestreitbar durch mehrere Klauseln besonderer Abkommen verletzt worden ist. Wie dem auch sei, die Zusammenkunft, die heute morgen stattfinden sollte, wurde abbestellt. Es wird eine Mitteilung über eine später stattfindende Sitzung ergehen.

Der Pressepektakel in Frankreich

Die französische Presse erregt sich zum Teil in heftigen Ausdrücken und vertritt aus Anlaß des deutsch-russischen Vertrages den Standpunkt, daß der Vertrag den Grundätzen, die in der Resolution von Cannes enthalten sind, besonders was die Anerkennung der Schulden und die Ausgleichung der Privatgeschäden betrifft, widerspreche.

Der „Petit Parisien“ schreibt, es sei noch zu früh, die Folgen dieses unangenehmen Ereignisses voraussagen zu können. Zum mindesten scheint es nunmehr schwierig, Deutschland zu dem politischen Unterauschuß von 11 Mitgliedern zuzulassen, der dazu berufen sei, die russische Frage zu regeln. Es sei aber nicht unwahrscheinlich, daß das Ergebnis noch radikaler sei, und daß die Konferenz von Venedig gezwungen sein werde, sich aufzulösen. Lloyd George habe nach dieser Tage angefangen, die Haltung der russischen Delegation daran gedacht, daß es vielleicht nötig sein werde, es zu einem

sensationalen Bruch kommen zu lassen. Bei der großen Vereiztheit, in der er sich gestern abend befunden habe, wäre es wenig überraschend, wenn er der Erste sei, der die Ereignisse in voller Uebereinstimmung mit der französischen Delegation beschleunige.

Das „Echo de Paris“ vertritt den Standpunkt, daß nunmehr Deutschland in Europa nicht mehr allein stehe, um dem Verlangen Frankreichs Widerstand zu leisten. Russland aber könne nun die Definition der Lücke zur europäischen Gemeinschaft erzwingen, um das während seiner langen Isolierung verlorene Gebiet wieder zu gewinnen, und so auf einen Weltmarkt zählen, von dem es hoffe, daß er immer mächtiger werde. Die russische deutsche Gruppierung, die i. Zt. auf Westeuropa gelastet habe, bilde sich wieder und bedrohe wie damals zunächst Polen. Sie bedrohe aber auch die kleinen Staaten, die aus Russland und Oesterreich hervorgegangen seien.

Das „Journal“ schreibt: Wie oft seit der Verewaltungung Belgiens sind wir nicht durch Fehler unserer Gegner gereizt worden. Soll uns auch diesmal ein plumper Irrtum der deutschen Psychologie aus dem Wespennest von Venedig herausziehen? Als Lloyd George die Männer von Berlin und Moskau auf dem Fuße voller Gleichberechtigung nach Venedig eingeladen habe, sei ihm überlist nicht der Gedanke gekommen, daß diese neuen Elemente die Freiheit der Verhandlungen beeinträchtigen könnten. „Doubt“ nennt den Vertrag eine wirkliche Lösung des Problems eines internationalen Abkommens, wie ihn die Konferenz anstrebe.

Die Haltung Italiens

Die Äußerungen der verantwortlichen italienischen Politiker über den deutsch-russischen Vertrag und seine Folgen sind, wenn man sie mit den aufgereizten Kreisen der französischen und der englischen Politiker vergleicht, weiter verhältnismäßig ruhig. Die italienische Delegation hatte schon seit mehreren Tagen von dem sich vorbereitenden Abschluß Wind bekommen und die Äußerungen, die Delegierte am Montag morgen gegenüber Journalisten taten, bewiesen, daß sie bereit von der vollen zogenen Tatsache Kenntnis bekommen hatten.

Immerhin zeigten sich die in Rom weilenden Mitglieder der Regierung einigermaßen überrascht, als gestern die Meldung von dem Vertragsabschluss eintraf. Uebrigens hüten sich nach derselben Quelle die italienischen Regierungskreise, die Bedeutung des Vertragsabschlusses zu übertreiben, indem sie darauf hinweisen, daß der Vertrag die verschiedenen schon seit längerer Zeit zwischen Deutschland und Russland getroffenen Abmachungen in eine juristische Form bringt. Endlich habe das Abkommen für die Gegenwart so gut wie gar keine und für die Zukunft zwar eine große, aber auch nur eine bedingte Bedeutung, indem die darin vorgesehene Ausbeutung Russlands keine so sichere Waffe sei.

Inzwischen hat die italienische Regierung schon die Parole ausgegeben, die Arbeiten der Konferenz würden fortgesetzt, ohne daß man sich um solche Zwischenfälle kümmere oder sich durch sie abgelenken lasse.

Die Stimmung in England zu dem Vertragsabschluss

Im allgemeinen scheint man in England den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages viel ruhiger zu beurteilen, als natürlich in dem ohnehin nervösen Frankreich. Doch die „Times“ behauptet nicht Wunder zu nehmen. Es liegen folgende englische Stimmen vor:

„Daily Chronicle“ schreibt: Die Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages ist der Zeit nach vielleicht nicht tatwoll und werde den Kritikern Anlaß zu Gehärdt geben. Indessen braucht der vernünftige Beobachter nichts an den Vertragsbestimmungen auszuweichen. Es sei kein neuer Grundlag darin aufgestellt. Die

Scharfer Protest der großen und der kleinen Entente

Deutschland von der weiteren Beratung der russischen Frage ausgeschlossen

Venedig, 19. April. Die in der Villa Regio versammelten Vertreter Englands, Italiens, Frankreichs, Belgiens, Japans, der Tschechoslowakei, Polens, Jugoslawiens und Rumaniens haben nach Vorfällen, die den ganzen Tag gedauert hatten, den einmütigen Beschluß gefaßt, eine Note an die deutsche Delegation zu richten, worin es heißt: Die unterzeichneten Mächte müssen der deutschen Delegation in freimütiger Weise ihre Meinung zum Ausdruck bringen, daß der Abschluß eines solchen Vertrages (wie des russischen), während die Konferenz noch tagte, eine Verletzung der Bedingungen bedeutet, die Deutschland selbst sich auferlegt hatte. Als es nach Venedig eingeladen und ihm angeboten worden war, in jeder Kommission auf dem Fuße der Gleichberechtigung vertreten zu sein, haben die einladenden Mächte einen Beweis von ihrer Bereitwilligkeit gegeben, die Erörterungen an den Krieg beiseite zu setzen und Deutschland die Gelegenheit eines ehrenvollen Zusammenarbeitens mit seinen früheren Feinden zu geben.

Auf ein derartiges Angebot guten Willens und der Solidarität hat Deutschland mit einem Akt geantwortet, der den Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört. Während die Konferenz noch tagte und während Deutschland in den Kommissionen und Unterkommissionen vertreten war, die auf der Grundlage der Bedingungen von Cannes den europäischen Frieden mit

diplomatisch- und konsularischen Beziehungen, die der Vertrag wieder herstellt, befinden sich zwischen der Sowjetregierung und einer großen Anzahl von Nationen, die in Genua vertreten sind.

Die Times schreibt: Der deutsch-russische Vertrag sei ein Schlag für die Konferenz und eine vorläufige Beilegung der Entente...

Eine Neutermeldung aus Genua besagt, obgleich die Nachricht vom Abschluß des deutsch-russischen Vertrages wie eine Bombe eingeschlagen habe, sei man der Ansicht, daß der größte Teil des Vertrages nicht von großer Bedeutung sei.

Zu dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages in Genua schreibt der gutunterrichtete „Student of Politics“ des „Daily Chronicle“ aus Genua, man tue gut, wenn man gegenüber diesem Vertrag Zurückhaltung übt.

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ meldet aus Genua: Das deutsch-russische Abkommen müsse die Reparationsfrage beeinflussen.

London, 18. April. Einer gestern Abend um 10 Uhr ein- gelaufenen Neutermeldung zufolge, trat Lloyd George in der ersten Nachmittags-Sitzung der britischen Unterhaus-Sitzung ein und erklärte, daß seine Aktion unternommen werden dürfe, bevor sie nicht ernstlich erwogen sei.

Ruhige Beurteilung in amtlichen englischen Kreisen

In amtlichen Kreisen in London werde der deutsch-russische Vertrag nur insoweit als verwirklicht erklärt, als er Frankreich Grund zu Verlegenheit gebe.

Die Alliierten sind schuld an dem schnellen Abschluß des Vertrages

„Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel: Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages sei eine unvermeidliche Folge des Zwanges der Alliierten, Deutschland zu isolieren und zu vernichten.

Bertheidigung der deutschen Haltung in Amerika

Einer Neutermeldung aus New York zufolge schreibt „New York Herald“ zu dem deutsch-russischen Ver-

trage: Da Rußland aus den Nationen ausgeschlossen sei und da Deutschland durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages gefesselt sei, da das deutsche Gebiet von dröhnenden aufsteigenden Heeren besetzt sei und da Deutschland mit der Spitze des Bajonetts gezwungen wurde, Abkommen zu unterzeichnen, in denen es sich verpflichtet, unmögliche Reparationen zu leisten, sei das Zusammenrücken Deutschlands und Rußlands unvermeidlich gewesen.

Ueber die Lage in Genua

wie sie durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages gestaltet worden ist, wird der „Frankfurter Zeitung“ telegraphiert:

Die Lage von heute (Dienstag) morgen zeigt sich gegen die von gestern noch wenig verändert. Man weiß jetzt bestimmt, daß Lloyd George gestern Abend sich in sehr zornigen Worten ergangen hat.

Die ursprünglich auf Dienstag anberaumte Sitzung der Wirtschaftskommission, in der im Anschluß an die neuerlichen Ausführungen des Schweizer Schultheiß die Generaldebatte fortgeführt werden und der Reichswirtschaftsminister Schmidt die deutsche Auffassung darlegen sollte, ist abgesetzt worden.

Aufregung in Moskau über Ablehnung der russischen Abrüstungsvorschläge

Die Ablehnung der in Genua an Frankreich gerichteten Forderung, abzurüsten, verursacht hier große Aufregung. Die vorhergehende Stimmung kommt in einem Armeebefehl Trozki zum Ausdruck, in dem dieser sagt, Rußland habe in Genua die Initiative zur allgemeinen Abrüstung ergriffen, aber sein Vorschlag sei von der Tagesordnung gestrichen und die Nachrichtenagenturen der Entente hätten versucht, den Vorschlag selbst totzuschweigen.

Reparationen und Genuaer Konferenz

Die Reparationsnote hat in maßgebenden Kreisen keineswegs übersehen. Trotz der Schärfe an einzelnen Stellen glaubt man, daß der Inhalt der Note die Möglichkeit neuer Verhandlungen gibt.

Die bayerische Regierung gegen die Teuerung und den Wucher

Die rapid fortschreitende Teuerung aller Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs bereitet auch der bayerischen Regierung schon mit Rücksicht auf die allenfallsigen politischen Auswirkungen große Sorgen.

Für das kommende Versorgungsjahr hat man gewisse Richtlinien aufgestellt, in denen sich die Maßnahmen zur Besserung der Lebensmittelversorgung bewegen sollen.

Das bayerische Justizministerium veröffentlicht eine Besannmachung betr. die Teuerung und die Bekämpfung des Wuchers, in der die Justizbehörden auf alle Erscheinungen des wilden Handels aufmerksam gemacht und angewiesen werden, die Schuldigen so rasch wie möglich der verdienten Strafe zu zuführen.

Fort mit den monarchischen Hoheitszeichen

In Ausführung der bei dem Antritte des Reichspräsidenten Müller (Königsberg) erteilten Befehle, hat die Reichsregierung förmlich Anordnung getroffen, daß die Hoheitszeichen des früheren Regimes, soweit diese noch nicht aufgehoben sind, innerhalb bestimmter Fristen spätestens bis zum 1. Oktober 1922 aus den Amtsräumen und von den Gebäuden der Reichsorgane entfernt werden.

Begünstigung der Erzbergermörder, Geheimbündler und Reichsgericht

Es befällt sich leider, daß der Prozeß gegen Killinger und Genossen wegen Geheimbündel nicht, wie ursprünglich geplant, in Offenburg, sondern in München stattfindet.

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinabgeheichte von Anna Croissant-Ruß (Fortsetzung)

Das nahm sehr unständlich und mit Falten auf der Stirne auch kein Beutelein zur Hand und, da es eine gute Medaillon allezeit mit sich führte, wurde es ihm nicht verwehrt, legte es die paar Winkel klipp und flax, ohne einen Pfennig zu viel oder zu wenig auf dem Goldstück zurecht und hing sich, nun sofort zum Gehen bereit, an Fräulein Arm, grüßte auch noch angeregter zu Karl hin, wobei Reinolme, Loden und Herrenwinter wichtig mitalten, und folgte dann dem Fräulein, der ein wahres Sturmtempo eingeschlagen hatte, das gar nicht dem Hofischen, aber ganz seiner Stimmung angemessen war.

Der Heimweg in der Dämmerung war ganz und gar nicht so schön, als sich die liebende Frau den ersten Abend mit dem Geliebten geträumt hatte. Zwar löste er sie nicht davon, ihr Coupat auf seinen Arm zu setzen, — bis zur Schulter reichte sie nicht ganz — es wurde ihr aber auch das einigermahen schwer, denn der Fräulein, von innerer Erregung getrieben, war stets einen halben Schritt voraus, was sie nötigte, die Sache nur andeutungsweise vorzunehmen und ihre Phantasie dafür spielen zu lassen.

Zum Beispiel schimpfte er: „Das ist doch ein Malefizschäfer, der Karl.“ „Ach, laß ihn! Jetzt bin ja ich da,“ flötete das Rosinchen. „Ach werd'n aber dem Blaffen abgeben, dem Vauernfänger.“ „Ach Gott!“ sagte das Rosinchen ungeduldig, „das ist doch nit wichtig! Wichtig bin doch jetzt ich.“ „Du —?“ machte der Fräulein gedehnt. „Du hast auch ein Verhängnis von der Sachlage! Wie lang kenn ich denn dich?“ — „Wer der Karl ist mein Jugendgenosse, verheißt! Das ist was anderes, den will ich wieder haben, und den muß ich wieder haben!“ — „Ach!“ flötete das Rosinchen, „den mußst du haben! Was ist denn an dem?“ „Dul red mir net a sol! Der Karl ist ein Feiner! Einen Kopf hat der! Ich hab schon früher eine Angst n'habt, der wird

mehrer als ich. Mit dem sein Kopf! Man muß das nur kennen! Alles, alles kommt der werden, wenn er meine kassale Energie hat, alles, sag ich dir, was er will. Ich bin der Mann der Paris, aber er ist wie ein Ozean, aber ein Dichter.“

„Ach, geh mer doch! mach keine Sorgen! Ich alle zwei dürt froh sein, wann ich mit euch umgeh; ich bin aus'n meine Kaufmannskanz.“

„Karl, Karl, Gott der Gerechtigkeit, handelt mit alte Kleider und Schuh und die Blumme Blau, geborene Blumenblätter.“ „Jetzt schneide! Aber, Fräulein, wer wird denn so mit dem Heiligsten Spiel treibe? Du traust dir so was zu sage? Was bist denn du für a Geborener? Ha — und dein Vater? — Und deine Mutter? Hal, Welt, jetzt sagste nicht! Meinste, ich weiß die Geschichte nit? Ach was aber nobel und hab dein Affäre tollschneide; jetzt sei du nobel!“

„Was Geborener! Was Geborener!“ brumme der Fräulein. „Ich bin geboren, und das genügt mir, von wem ist effektiv Rebenfode. Ich bin ich und damit basta. Wenn dir das nicht genügt, so sprich nur deine Intention aus, ich bin mir Rames genug.“ „Gott, Fräulein, nur des nit!“ flötete das Rosinchen erregt. „Ich bewundere dich doch durch und durch, ich will dich ja ungemessen gern heirate, weil du anderscht bist wie andere Leute, und ich war immer fürs Marie.“ „Karl!“ sagte der Fräulein noch etwas unwirsch, und dudete ihre Unerwartung; so blieben sie eine Zeitlang stehen, anzusehen wie ein liebendes Paar, da fuhr's dem Fräulein unternehmens heraus: „Donnerwetter! Die eine ist aber ein Frauenzimmer worden! Die hat aber eine Figur! Und weiß und rot ist sie auch.“ „Sol! so fähst du se angeandert?“ „Ja warum denn net? Sie ist doch bis genau, und gefallen hat sie mir auch; ich war nämlich von jeder total für die Starzen eingenommen.“ „Fräulein, jetzt beidseitig du mich, und wie!“ Schließend entzog das Rosinchen dem Fräulein den Arm. „Ich bin nit stark und werd nit stark, du mußt schon auf so was verzichten! Nachher wür ich aber auch so anfänglich und ist bei der Annere nit darauf qude und grad bei der eine nit, sie war amol mei Freundin und kann's wieder werde, und sie schämt sich sowieso so arg deswegen, und mich tränkste damit! Siecht, es war ja mein Ehegeje gewese, und es ist mir so arg, daß es nit sein

lann — und schimpfte lag sie schluchzend an seinem Poße, und er lächelte ziemlich rathlos und ziemlich mechanisch ihren Blicken, dem der Ehegeje auch nicht geholfen hatte, und sagte: „Ach Schneckerl, ja, ja, ja, mei Schneckerl bist,“ und brachte sie endlich etwas gestrotzter, aber in einem Tumult von Gefühlen nach Hause.

Jetzt wurde ihr die eine gerade recht gekommen. Nicht etwa, um ihr bedrückte und etwas rathloses Gemüt zu entladen, oder sich dies und das von Herzen zu reden, nein, sie wählte sich gerade in der Verfassung, die eine auf den Platz herabdrücken zu können, der ihr gebührte.

Hatte die sich nicht geradezu empfindend selbstständig Genommen? Wie kam sie überhaupt hierher und zu diesen Leuten, ohne das Rosinchen zu fragen? Was tat sie überhaupt da? Was waren das für Heimlichkeiten? —

Am meisten ärgerte sich aber das Blönnchensträusche immer noch, daß es ja den Effekt der Verhüllung des Blönnchensträusches bekommen war, ja, es mußte sich mit dem widerwärtigen Eindruck herumwälzen, daß in dem Augenblick der Bewegung die beiden Begleiter der eine eigentlich dem Fräulein überlegen waren. Er hatte sich gar nicht wie ein solcher Mann und Fräulein gebärdet. Und das sollte sie nicht erzürnen, daß er sich gerade diesem Kaplan gegenüber die Wölfe gegeben hatte, wo er doch gerade mit ihm rivalisieren wollte? Und daß ihn die eine zum erstenmal so legen mußte! Und noch eines benutzte das Rosinchen ganz besonders. Wie kam die eine dazu, keine Kränze line mehr zu tragen? Die Wölfe lagen er über ihrer Herrschaft — das war geradezu skandalös! Kein Wunder, wenn die Männer danach schauten! Wer hätte der eine je so etwas getraut! Ach, jetzt wäre sie in der Stimmung gewesen, die sie trünnige tüchtig herumzernern, es wäre ihr ein Genuß gewesen, ihr alles vorzuwerfen, und sie wartete ungeduldig auf diesen Genuß.

Doch — war es denn möglich — die eine kam nicht! Das Rosinchen lag vergeblich Tag für Tag die Straße hinauf und die Straße hinab, die eine wollte niegend's aufhauen. Es mußte ja etwas vorliegen, es war undenkbar, daß die eine sich einfach getraut würde, in der Stadt zu sein, ohne sich einzufinden! So was ließ sich die eine nicht zu Schulden kommen, dazu hatte sie ja gar nicht die Courage! Das wußte das Rosinchen so sicher, so sicher!

(Fortsetzung folgt.)

Organisation Consul beteiligt waren, während die anderen sich wegen Beihilfe zum Ergaberger-Mord in Offenburg zu verantworten haben.

Wie wir erfahren, hat der Erste Staatsanwalt des Reichsgerichts diese außerordentlich merkwürdige Entscheidung gefällt gegen den Antrag des Oberstaatsanwalts. Der wegen Begünstigung der Ergabergermörder verhaftet gewesene Dr. Müller aus München ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Daraus ist insbesondere von rechtsprechenden Mätern gefolgert worden, daß sich die Unschuld des Dr. Müller erwiesen habe. Aus einer Erklärung des Staatsanwalts in Offenburg geht hervor, daß Dr. Müller selbst dem Antrag auf Haftentlassung gestimmt hat, der aber immer wieder wegen Rücksichtslosigkeit und Verdunkelungsgefahr abgelehnt wurde. Müller wurde erst dann aus der Haft entlassen, als der Tod seines Vaters das nach Ansicht des Gerichts notwendig machte. Der Staatsanwalt sagt dazu, man könne auch jemanden aus der Untersuchungshaft entlassen, ohne seine Unschuld zu dokumentieren. Das scheint im Falle Müller zuzutreffen; denn, wie uns berichtet wird, geht das Verfahren gegen ihn ohne Unterbrechung weiter.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe
Versammlungen: Thema: „Die neue Gemeindeordnung“
Sabb: 22. April, abends 8 Uhr, in der „Sonne“, Ref. Gen. Landtagsabg. K u z. Göttingen.
Palmbach: 23. April, nachm. 3 Uhr, im „Ochsen“, Ref. Gen. K o d. Karlsruhe.
Das Parteisekretariat: Oskar Trintz.

Schlüssen. Kommen am Freitag, abends 8 Uhr, spricht Gen. Landtagsabg. K u z im Nationalklub über „Sozialpolitik und Reformen“. Zu diesem Vortrag sind die Genossen und deren Angehörige und auch die übrigen Einwohner eingeladen.

Gewerkschaftliches

Zum Metallarbeiterstreik

Die U r a b s t i m m u n g der Metallarbeiter über die Heilberger Vorschläge wird am nächsten Donnerstag erfolgen.

Aus dem Malerergewerbe

Bei dem am 10. April ds. Js. und folgende Tage stattgefundenen Verhandlungen über die Angelegenheiten des Malerergewerbes in Berlin wurden für das Gebiet der Rhiode Karlsruher des Verbandes der Maler usw. folgende Mindestlöhne für über 20 Jahre alte Gesellen festgesetzt: B.-Baben 18,50 M., Bruchsal 17 M., Karlsruhe 18 M., Rastatt 16,50 M. Für unter 20 Jahre alte Malerarbeiten betragen die Mindestlöhne in Baden-Baden 17,00 M., Bruchsal 16,20 M., Rastatt 15,70 M. Diese Löhne treten ab 15. April 1922 in Kraft und haben Gültigkeit bis 15. Mai 1922.

Zu den Verhandlungen ist allgemein zu sagen, daß dieselben sich schwieriger als alle vorherigen Verhandlungen gestalteten. Die Arbeitgebervertreter boten alles auf, um die berechtigten Forderungen der Gesellenvertreter abzulehnen.

Badische Politik

Ein Volksparteiler über die Zwangswirtschaft

Im Badischen Landtag hat in der letzten Märzwoche die Frage der Beibehaltung oder Aufhebung des Umlageverfahrens für Getreide eine heftige Debatte hervorgerufen, die schließlich mit einer nennenswerten Abstimmung über den Antrag des Landwirtsvereins D e r t l e endete. Die noch bestehende teilweise Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1922/23 reiflos zu beseitigen. Aufwärtigerweise erhielt dieser hyperparteiliche Antrag aus den Reihen der bürgerlichen Parteien 27 Stimmen, 49 Stimmen dagegen, er war also glücklicherweise abgelehnt.

Unter den Befürwortern des herrschenden Antrages befanden sich auch zwei Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die Abg. Dr. Maties und Wisler. Da ist es nun recht beachtenswert, daß ein deutschliberales Mitglied des preussischen Landtages, der Graf von Stolberg-Wernigerode, welcher zweifellos über mehr Grundbesitz verfügt, als die 27 badischen Rajager zusammen, in Stegerwalds Blatt: „Der Deutsche“ sich wie folgt über die Klagen der Landwirte, die nicht bei dem Umlageverfahren Rat finden, äußert: „Es wäre lächerlich, wenn wir Landwirte aus Hinstellen und über Not klagen würden. Das würde uns doch kein Mensch glauben. Aber es kann auch einmal die Zeit der Not für die Landwirtschaft kommen, und dann wird sie die Hilfe aller anderen Stände brauchen. Wir werden diese Hilfe aber nicht finden, wenn wir nicht in den Zeiten, wo es uns gut ging, uns freiwillig zur Verfügung gestellt und die Lasten auf uns genommen haben, die wir tragen konnten.“

Ganz zutreffend; diese Hinweise haben auch sozialdem. Abgeordnete im Badischen Landtag gemacht. Aber daß sie ein einflussreicher preussischer Landtagsabgeordneter und ein Mitglied der Deutschen Volkspartei öffentlich vornimmt, sollte den Dertle, Fischer, Meißner und anderen Schwärmern für die völlige Beseitigung des Umlageverfahrens für Getreide zu denken geben. Versteht sich doch der Abg. Dertle in der Sitzung des Badischen Landtages vom 23. März zu dem drohenden Satz: „Wenn man auch jetzt die Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft wieder durchführt, dann kann man anfangs Arbeiterwohnungen, Zuschüsse bauen.“ Er wollte damit sagen, es kämen solche Zuschüsse gegen das Umlageverfahren für Getreide durch die Landwirte vor, daß man neue Zuschüsse bauen müsse, eine etwas lächerliche Behauptung, die aber doch zeigt, daß die um Dertle dem diesjährigen Umlageverfahren heftigen Widerstand entgegenzusetzen werden. Nun ist es wirklich, daß der Staat Mittel genug, um diesen Schäden der Volksernährung die nötige Abhilfe vorzusehen und Bestimmungen beizubringen.

Schnoddrige nationalistische Schornalisten

Herr Adam Röder charakterisiert in der von ihm herausgegebenen Korrespondenz das schnoddrige Gebaren so vieler nationalistischer Schornalisten ebenso treffend wie scharf. Da Herr Adam Röder zur alten zünftigen Garde der Arbeiter und Kämpfer im deutschen Pressewesen zählt, verdient seine Kritik Aufmerksamkeit. Er schreibt u. a.:

„Man sehe man sich an, was sich Blätter der Rechten beispielsweise gegen den Reichsanwalt Dr. Wirth gestatten, ein Mann, der nach seinen allgemeinen politischen Fähigkeiten, nach

Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale in Genua

Volle Einmütigkeit der Arbeitervertreter — Die Forderung nach Aufhebung der Gewaltverträge — Leiparts Rede findet allgemeinen Beifall — Die Genueser Arbeiterschaft bringt dem deutschen Redner Ovationen dar

(Zweiter Bericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdiensts“)
Genua, 17. April 1922.

Nicht neben der offiziellen Konferenz der Regierungen Europas tagt zurzeit in Genua die Konferenz der Amsterdamer Gewerkschaften. Auch ihr Ziel gilt dem Wiederaufbau Europas. So sehr das Ziel der offiziellen Konferenz auch übereinstimmen mag — die Wege sind verschieden. Gerade deshalb haben die Amsterdamer Gewerkschaften die Gelegenheit in Genua benutzt, um an Ort und Stelle den offiziellen Regierungsvertretern persönlich zu sagen, daß über kapitalistischen Interessen das Wohl der Allgemeinheit stehen muß und endlich der Politik der Mache ein Ende zu machen ist. Das vorläufige Verlangen der Gewerkschaften geht kurz dahin: Schaffung internationaler Kredit- und internationaler Kontrolle der Arbeitsverteilung. Vertreter von 13 Ländern und 4 Berufssekretariaten (Zugarbeiter, Steinarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter) sind erschienen, diesen Forderungen Ausdruck zu geben. 24 Millionen Arbeiter stehen hinter der Konferenz und deren Beschlüssen! Sechs Konferenzteilnehmer gehören als Sachverständige Regierungsdelegationen an.

Die große Anteilnahme der internationalen Arbeiterschaft an dem Wiederaufbau-Probleme geht besonders auf den zahlreicheren der Konferenz vorgelegten Beschlüssen hervor. Unter einer von Jouhaux verfaßten und im Auftrag der internationalen Gewerkschaftsbundes überreichten Schrift wurden u. a. eine umfangreiche in vier Sprachen gedruckte Denkschrift des I. O. G. V. und Vorschläge des italienischen Gewerkschaftsbundes übergeben, die in ihrer Grundtendenz, obwohl von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend, voll übereinstimmen: Beseitigung der Wirtschaftskrisis durch eine internationale, die Zusammenarbeit aller Völker organisierende Aktion.

Die eigentliche Sitzung wurde nach Konstituierung am Samstag demütig von Jouhaux als Vorsitzenden eröffnet. Eine lange Rede, so erklärte Jouhaux, ist unzumutbar; die heutige Anarchie liegt zu klar zu Tage. Die offizielle Regierungskonferenz kann nur die Pflicht haben, die Macht des Kapitalismus zu brechen. Diese Konferenz ist einberufen, um demgegenüber den Standpunkt der Arbeiter klar zu legen. Der dann von Jouhaux gemachte Vorschlag, die drei vorliegenden Hauptentwürfe zu einer einheitlichen Resolution zusammenzufassen und dann dem Präsidenten der Regierungskonferenz und der dritten Kommission (Wirtschaftskommission) mit aller möglichen Begründung zu überreichen, wurde angenommen.

In der hierauf eintretenden Mittagspause erfolgte ein Empfang der ausländischen Delegierten durch die Genueser Gewerkschaften. Der Ortsvorsitzende begrüßte die Gäste; Jouhaux erwiderte im Auftrag der Konferenz. Nach Erledigung der Begrüßungsformalitäten verlangten die Gastgeber durch anhaltende Rufe auch einen deutschen Gewerkschaftsvertreter zu hören. Wegen seiner Unfähigkeit sprach dann Leipart, fürmlich begrüßt. Er erklärte nochmals herzlich den Dank für die Gastfreundschaft und gab Kenntnis von den großen Hoffnungen, die die deutsche Arbeiterschaft sowohl auf die offizielle wie auf die Gewerkschaftskonferenz gesetzt hat. Unter anhaltenden Beifallsstürmen begab sich Leipart die Rednertribüne.

Zu der Nachmittagssitzung eröffnete Leipart die Generaldebatte mit einer ausgedehnten, allgemein anerkannten Rede. Der deutsche Gewerkschaftsführer schob die Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen der Ententepolitik zu, die er gleichgültig eine Niederpolitik nannte. In Traßen Beispielen überlegte Leipart den Wert, daß Deutschlands Wirtschaftlichen Kräfte nicht nur, daß eine kleine Übermacht, bestimmt von der Armut lebender Arbeiterschaft, wie überhaupt der Mehrheit des Volkes, Augen treibe. Trotz aller Lohnherabsetzungen, trotz aller politischen Erfolge und der starken Gewerkschaften habe sich

die Lage für die deutschen Arbeiter durch die Geldentwertung äußerst verschlechtert. Während der deutsche Arbeiter 1914 für ein Paar Stiefel 14 und einen Anzug 60 Stunden arbeitete, seien hierzu heute 34 bzw. 200 Arbeitsstunden notwendig. Die Behauptung, daß in Deutschland alles voll beschäftigt werde, widerlegt Leipart an Beispielen, in die er u. a. den Rohstoffmangel, den Mangel an Rohstoffen und die fehlende Absatzmöglichkeit im Inlande einbezog. Deutschland sei heute auf den Export angewiesen, der um 100 Millionen Kinder dem Import zurückbleibe. Schon bei 200 Millionen Export beschwere sich alle Völker über die deutsche Konkurrenz; dennoch aber verlange die Entente Sachlieferungen von 120 Millionen im Monat. Außerhalb statistischen Materials erbringt Leipart u. a. noch den Nachweis, daß unsere Ausfuhr von heute zu 1913 in keinem Verhältnis steht. Immerhin aber werde die Ausfuhr unter Mitwirkung der Gewerkschaften, die u. a. auch stets für hohe Ausfuhrerlöse eingetreten seien, um Schutzeinkünfte zu verhindern und die Arbeiter anderer Länder nicht größerer Arbeitslosigkeit auszuweichen, kontrolliert. Heute sehe die deutsche Arbeiterschaft im Abwehrkampf gegen die Erhöhung der Arbeitszeit. Der Dollar reguliere unsere Inlandspreise. Bis Ende Februar ds. Js. habe Deutschland 12 Milliarden Goldmark an die Entente gezahlt. Diese Summe bedeute die Arbeit eines ganzen Jahres von rund einer Million deutscher Arbeiter — ohne Gegenleistung. Nur durch Zusammenarbeit aller Völker könnten die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden werden. Leipart nimmt dann die Vorschläge der deutschen Gewerkschaften zur Kenntnis, die in ihrer Zusammenfassung folgendes besagen:

„Die Ursache der wirtschaftlichen Störungen und der unerbittlichen Arbeitslosigkeit ist der Mangel an Kaufkraft. Folglich müssen alle Hilfsmittel bereitgestellt, planmäßig und wirtschaftlich verteilt werden, um jedem Menschen dieser Erde, der arbeitsfähig ist, die Möglichkeit zu verschaffen, mit Hilfe von Werkzeugen, Kraftmaschinen, Maschinen und Transportmitteln Güter zu erzeugen und zum Markt zu bringen, die er als Kaufkraft zum Tausch gegen andere Güter verwenden kann. Produktive Wirtschaftshilfe muß der lebenden Menschheit geboten werden. Nur durch die Solidarität aller Nationen ist dieses Ziel erreichbar. Das aufgeschobene Gold und die aufgeschobenen Waren müssen in Bewegung gesetzt werden, jedoch allen Mitwirkenden aus diesem Umlauf von Tauschmitteln und Waren wirklicher Nutzen erwächst und kein neuer einseitiger Reichtum entsteht. Der Reichtum der Menschheit darf nur ihre produktive Kraft sein.“

Anschließend sprach der englische Vertreter Ben Tillet, der die Ausführungen Leiparts begrüßte, die Forderungen an Deutschland als Wahnsinn bezeichnete und das Verlangen aufstellte, alle Entschädigungen zu streichen. — Wegen der fortgeschrittenen Zeit trat dann Vertagung auf Sonntag ein.

Zu der Sonntagssitzung sprach u. a. als dänischer Gewerkschaftsvertreter Stanning. Auch er erklärte sein Einverständnis mit den Ausführungen Leiparts, machte die Feststellung, daß die kleinen Länder am meisten unter den Folgen des Friedensvertrags leiden und forderte einen Beschluß auf Aufhebung der Verträge. Dones (Österreich) bezeichnete als Folge des Vertrags von Saint-Germain eine Existenzbedrohung Österreichs. Österreich habe keine Kohle, keine Rohstoffe, überhaupt keine Grundvermögensmöglichkeiten. Deshalb müsse der Anschlag an einen Nachbarkrieg gestrichelt werden. Die alte Muttergesellschaft mit Deutschland wolle hierzu den Weg. — Zum Schluss forderte Dones eine entsprechende freie Kommunikation in der Entschädigung, die eine Revision der Friedensverträge zum Ausdruck bringe.

Darauf wurde eine Kommission zur Vorbereitung einer Entschädigung, bestehend aus einem Vertreter Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens und Schwedens, eingesetzt. Am Montag wird über die endgültige Formulierung beraten werden.

dem Stand seiner allgemeinen Bildung und nach dem Stufengrad seiner parlamentarischen-republikanischen Verfassung. Man war wie feierlich und ernst einige Augenblicke hinter sich, angepaßt wird; im Parlament und nach mehr in der Presse. Reber, journalistische Schindler, der nur noch mehr in der Presse, Reber, Journalisten erheben kann, um mit der Note innap an den Tisch parlamentarischer, politischer und rednerischer Zukünftigkeit zu reichen, ist kein schändliches „Lobwerk“ und seine ungeheuren Reber, die nur gar zu oft im Recht bistifiler Satzverbindungen hängen bleibt, in diesem Mann, den jeder gerecht Denkende bildungsnahe Zukünftigkeit, unermüdlichen Fleiß und eine stillige Aufregung der Politik zu erkennen muß. Männer von christlich-konserverter Gesinnung müssen sich mit Abscheu von einer solchen Politik der Opposition abwenden. . .

Was man sich im Reichstag gegen Dr. Wirth gestattet, wird in Baden in landsmannschaftlich modifizierter Form gegen Finanzminister Köster angewandt. Gegen eine solche Übertragung des in seiner parlamentarischen Wut längst festgestellten „Zauberentens“ muß energisch protestiert werden. Wenn sich die Opposition keine geistigere Grundlage schaffen kann, um ihren Fundus an Wit und Sarkasmus in parlamentarischer Plastik aufzumachen, dann mag sie sich mit der Rolle des Klappseifers begnügen, aber von ernsthaften Leuten nicht verlangen, daß man sie ernsthaft nimmt. Es war doch nur ein laiblicher Nichter (gemeint der nationalstifliche überspannte Landgerichtsrat Dr. Kornmeyer-Karlsruhe. Red. des „Volkst.“), der da glaubte, in unangemessenem Ton einem Inhaber der Regierungsgewalt gegenüber sprechen zu dürfen; alle übrigen sind weit von ihm abgerückt. Jeder Unbefangene weiß, daß wir es in Köster mit einem aufrechten Mann zu tun haben, der in jeder Beziehung als Sachmann anzupreisen ist und sich während des Krieges in seinen spezialistischen Sendungen, wie als Parlamentarier und fähiger Mitarbeiter an der Finanzaufgabe des badischen Staates als gereifte Kraft erwiesen hat, die den Bürgertum die durchschneidende Dummheit durch Temperament und praktisch erworbenes Wissen sachlich und sachlich überlegen ist.

Wort für Wort unterzeichnen wir, was hier Herr Adam Röder zur Kennzeichnung des nationalistischen Schindlertums in der deutschen Journalistik sagt. Solch jamose Zeit- und Berufsgeboten treiben ja auch in Karlsruhe bürgerliche Blätter ihr Unwesen, in dem Bestreben, an der Vergrößerung des politischen Lebens mitzuwirken. Wir wissen nicht, an wen im speziellen Herr Adam Röder bei der Niederschrift seiner Kritik gedacht hat, aber wir haben sofort die entzündenden Gestalten der Herren der „Badischen Landeszeitung“ usw., als wir den Wärdlichen Aufsatz lasen. Daß sich Herr Landgerichtsrat Dr. Kornmeyer-Karlsruhe demüßigt, die hierigen nationalistischen Journalisten wondrous noch zu überprüften, braucht bei ihm nicht Wunder zu nehmen. Dieser wärdliche Herr würde früher nach oben hin kein Stimmungsge-

beobachtet haben, heute aber präsentiert sich das süße Mähdchen überangenehm offen.

Die erhöhten Feuerungszuläge

Amlich teilt die „Karlsruh. Ztg.“ mit: Nach dem Gesetz vom 2. März 1922 beträgt vom 1. Januar 1922 an für die planmäßigen und außerplanmäßigen Beamteten, deren Grundgehalt (Grundbezüge) 30 000 M. nicht übersteigt, der Feuerungszulag zum Grundgehalt und Ortszulag, soweit diese Bezüge insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, 40 vom Hundert, im übrigen wie bisher 20 vom Hundert. Diese Erhöhung kommt auch den zurbezeichneten Beamten und den Beamten-Dienstleistungen zugute, soweit ihre Bezüge aus einem Grundbehalt von nicht mehr als 30 000 M. errechnet sind; sie betragen für die zurbezeichneten Beamten in der Regel 2000 M. für die Witwen 1000 M. im Jahr.

Zu den letzten Tagen hat der Reichstag das Gesetz über die Änderung des Pensionsergänzungsgesetzes vom 21. September 1920 angenommen. Danach ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an der Feuerungszulag aus den Ruhegehältern und Wartegeldern nach den gleichen Grundätzen zu berechnen, wie der Feuerungszulag aus dem Dienstverdienst der aktiven Beamten, d. h. er beträgt vom 1. Oktober an 20 v. H. des Ruhegehalts, mindestens aber die Hälfte des Feuerungszulags, den der Beamte in der Stelle, die er zuletzt besetzt hat, aus dem Grundgehalt und dem Ruhegehaltsfähigen Betrag seines Ortszulags bezogen hat oder zu beziehen gehabt hätte, wenn er im Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst nach dem Befolgungsgebot vom 30. April 1920 befehligt gewesen wäre. Für die Witwen bleibt es bei der bisherigen Berechnungsweise. Ein entsprechender Gesetzentwurf für die bürgerlichen Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen ist in Vorbereitung und wird dem Landtag mit möglicher Beschleunigung zugehen.

Da dieser Entwurf den zurbezeichneten Beamten eine wesentliche Verbesserung ihrer Feuerungsbezüge bringt, ist an seiner Annahme durch den Landtag nicht zu zweifeln, zumal, da die Ruhegehälter, die den genannten Beamten seit Dezember 1921 bezahlt werden, mit Zustimmung des Landtags bereits unter Zugrundelegung dieses höheren Feuerungszulags berechnet sind. Mit Rücksicht darauf hat jetzt das Finanzministerium angeordnet, daß auch die Erhöhung des Feuerungszulags nach dem eingangs erwähnten Gesetz vom 2. März 1922 schon so berechnet wird, wie es der neuesten Fassung des Pensionsergänzungsgesetzes entspricht. Die Anweisungen sind der Landeshaupkasse bereits zugegangen. Es ist zu hoffen, daß ein großer Teil der Empfangsberechtigten noch im Lauf des April in den Besitz der Nachzahlung gelangt.

Die weitere Erhöhung, die sich aus der vom Landtag am 7. April 1922 beschlossenen Änderung des Befolgungsgebotes ergibt, und die erst vom 1. April 1922 an wirksam wird, konnte mit der vorstehend besprochenen Regelung nicht verbunden werden. Für sie bedarf es besonderer Regelung.

**Schulranzen
Musikmappen
Aktenmappen
Berufstaschen**
Beste Leder-
qualitäten!

Kofferhaus
Kochw. Lämmler
51 Kronenstr. 51

Gebisse
Zahle per Zahn
25—40 Mark
Frau Pfünzer
Hirschstraße 31, III.

Häuser
und Geschäfte sofort zu
kaufen gesucht durch
M. Busam, Herren-
straße 33.

Güterbestätterei
Eugen von Steffelin
Prompte Abholung und Zustellung
von Express-, Eil- und Fracht-
gütern sowie Wagenladungen

Frachtgut Telefon 2 und 432
Eil- u. Expressgut Telefon 602.

Gewerbeschule Karlsruhe.
Gewerbliche Fachschule
Adlerstraße 29 Fernruf 603.

Das neue Schuljahr beginnt
Dienstag, den 25. April 1922.
Zur Einweisung in die Fachklassen und zur
Entgegennahme des Stundenplanes haben zu
erscheinen:
am 25. April, vorm. 8 Uhr, die Schüler und
nachm. 2 Uhr die Schülerinnen
sämtlicher vierten und dritten Klassen,
am 26. April, vorm. 8 Uhr, die Schüler und
nachm. 2 Uhr die Schülerinnen
sämtlicher zweiten Klassen und
am 27. April, vorm. 8 Uhr, die neuereinstretenden
Schüler und nachm. 2 Uhr die
neueinstretenden Schülerinnen.

Das letzte Schulzeugnis und Schreibmaterial
ist mitzubringen.

Persönliches Erscheinen ist notwendig, auch
wenn bereits schriftliche oder mündliche An-
meldung erfolgt sein sollte.

Es liegt im Interesse der jungen Leute, die
sich dem Handwerk oder der Technik zuwenden
wollen, aber noch keine **Lehr-, Arbeits- oder
Volontärstelle** haben, sich gleichfalls am 27.
ds. Mts. zum vorerst freiwilligen Gewerbeschul-
besuch anzumelden. Bei späterem Eintritt ist
die Einweisung in eine gewünschte Fachklasse
in Frage gestellt.

Der freiwillige Gewerbeschulbesuch entbindet
vom Besuche der allgemeinen Fortbildungsschule.

Junge Leute, die noch keine Lehr- oder Arbeits-
stelle gefunden haben, und bis auf weiteres
lediglich die Gewerbeschule zu besuchen wün-
schen, werden gebeten, ihre Anmeldung bis spä-
testens 24. ds. Mts. auf der Schulkanzlei, während
der üblichen Bürozeit zu vollziehen. Hierauf
werden auch besonders die früheren Schüler
von Mittelschulen aufmerksam gemacht.

Nach dem Ortsstatut sind alle in den Ge-
werben hiesiger Stadt (Karlsruhe, Mühlburg,
Belserthelm, Ruppurr, Grünwinkel, Dax-
landen und Rintheim) beschäftigten Arbeiter (Ge-
sellen, Gehilfen, Lehrlinge) beiderlei Geschlechts
unter 18 Jahren gewerbeschulpflichtig.

Nach § 12 der Verordnung vom 20. Juli 1907
haben die **Arbeitgeber** die zum Besuche der
Gewerbeschule verpflichteten Arbeiter und Ar-
beiterinnen beim Eintritt in die Arbeit oder
Lehre binnen 3 Tage z. Schulbesuche anzumelden.
Probestzeit oder Beginn der Arbeit oder Lehre
im Geschäfte der Eltern entbinden nicht von
der Anmeldepflicht.
Der Direktor: **Kuhn.**

Deutscher Transportarbeiterverband
Erisberverwaltung Karlsruhe.

Todes-Anzeige.
In deren Ierten Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß der Kollege
Oskar Adler
Kranführer
und Mitglied der Sektionsleitung der
Polenarbeiter, im Alter von 38 Jahren
unerwartet rasch verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken
beizubringen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag,
den 20. April, nachmittags 5 Uhr auf dem
Städtischen Friedhof statt. Wir bitten
um zahlreiche Beteiligung an dem Beiden-
begängnis.
Karlsruhe, den 18. April 1922.
Die Erisberverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem Verluste meines lieben
Vaters
Christian Bauer

Sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank
aus. Besonders Dank Herrn Stadtpfarrer
Diemer, für seine tröstlichen Worte, sowie
der Direktion der Lederfabrik Hermann &
Göttinger, den Lederarbeitern und Leder-
arbeiterinnen, dem Lederarbeiterverband,
Erisberverein Durlach, Sozialdemokr. Verein
Durlach, Reichsbund der Kriegsbeldbigen-
ten, hier, den Kameraden des Verwundungs-
frankenheims Karlsruhe, Gesang-Verein
„Vorwärts“, für die Kranzniederlegung
am Grabe, und allen denen, die ihn zur
letzten Ruhestätte begleiteten.
Durlach, den 18. April 1922.
Frau Luise Bauer und
Sohn Christoph.

Volkschor Karlsruhe West.
Die nächste Singstunde findet am Freitag,
den 21. April, abends 8 Uhr im neuen
Sokal, kleiner Saal im „Mühlchen Weg“, statt.
Aus diesem Anlaß am Samstag, 20. April,
abends 7/8 Uhr daselbst

Sokal-Weibe
in Form eines Singsabends. — Um zahl-
reichen Besuch bitten
Der Vorstand.

Mittwoch, den 19. April
Landestheater 7—10 Uhr. Mk. 40.—
Abonnement B 1
Th. Gem. B. V. B.
Nr. 701—1000
Violetta (La Traviata) Kater Lampe
hierauf: Tanzbilder.

Konzerthaus
Badische Lichtspiele
Jeweils 6 Uhr nachmitt. u. abends 7/8 Uhr
statt Mittwoch
Donnerstag, 20. Samstag, 22.
und Montag, den 24. April: 3303
Mit Schnellzug und Ozeanriesen
v. Berlin über Bremen a. New-York
Was uns der Wald erzählt
Indisches Guggelspiel.

Lebensbedürfnisverein
Karlsruhe.
Die Auszahlung der Dividende erfolgt am
Donnerstag, den 20. April, vormittags von 7 bis
12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2 bis 4 Uhr, für
die Nummern der neuen Kartenbücher von 1 bis
850 an unserer Kasse, Monntags 28. gegen
Vorzeigung des neuen Kartenbuchs. — Es wird
dringend gebeten, Bescheid mitzubringen.
Der Vorstand.
3205

Der Versuch mit meiner
erstkl. Dauerwäsche
erspart Ihnen viel Geld und Aergers.
Sie bekommen solche in der voll-
kommensten Ausführung nur...
Kaiserstraße 40.

Züchtige
Stenotypistin,
die in der Lage ist, auch andere Vorkarbeiten zu
versehen, wird auf 1. Mai oder später auf ein
Gewerchäftsbüro in Karlsruhe
gesucht.
Bewerberinnen, nicht unter 24 Jahren, können
ihre Offerten nebst Zeugnisabschriften unter Nr. 3391
an das Volksfreundbüro einreichen.

Residenz-
Lichtspiele Telef.
str. 30 5111.
Ab Mittwoch, 19. bis einschl.
Freitag, 21. April 1922

Aus dem Schwarzbuche
ein. Polizeikommissars
Federzeichnungen nach dem
Leben von Hofrat Jos. Erlor
5 Akte. 6 Akte.
Regie: Arzen von Cserépy.
Kinemathograph. Bericht-
erstattung aus all. Ländern.
Auf allgemeinen Wunsch bis
einschl. Freitag, 21. verlängert
Nur in den Nachmit-
tags-Vorstellungen:

Die Raubzüge der
Totenkopflieger
Abenteuer- und
Sensationsgroßfilm in 6 Akten
In der Hauptrolle:
der weltberühmte amerikani-
sche Championflieger
„Locklear“
genannt 3386
„Der Teufel der Wolken“.

Zum Schutze der elektrischen Stromanlagen be-
steht eine bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 8. Juni 1916.
Nach dieser sind u. a. Handlungen, durch welche die
an den Hausinstallationen angebrachten Sicherungs-
einrichtungen unwirksam gemacht werden, unter Strafe
gestellt. Wie wir nun bei vorgenannten Reaktionen
wiederholt haben feststellen können, wird unerwünscht
Weise versucht, die bezirkspolizeiliche Schutzvorschrift
durch Röhren und Eisenbricht zu verletzen, eine Maß-
nahme, die eine große Feuersgefahr in sich birgt.
Wir machen darauf aufmerksam, daß wir gegen solche
Handlungen gerichtliches Einschreiten be-
tragen werden.
Karlsruhe, den 15. April 1922.
Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.
Karlsruhe.

Verfeigerung von Verkaufsplätzen.
Die Verfeigerung der größeren Standplätze
für den Verkauf von Obst usw. auf den Straßen
und Plätzen der Stadt findet am
Dienstag, den 25. April d. J., nachmittags 4 Uhr
im Nebenzimmer der Schlachthofverwaltung (Zuracher
Allee) statt.
Der Versteigerungspreis ist sofort bar zu entrichten.
Die kleineren Verkaufsplätze werden freibleibig
bergeben. Angebote hierauf, in welcher der ge-
wünschte Platz, sowie die Art der zum Verkauf kom-
menden Waren bezeichnet sein müssen, sind bis spä-
testens 25. April ds. J. bei dem unterzeichneten
Amt, woselbst auch die Bedingungen eingesehen wer-
den können, einzureichen.
Die Wahl unter den Anbietern bleibt ausdrücklich
vorbehalten.
Karlsruhe, den 12. April 1922.
Städt. Markt- und Messamt.

Apollo-Theater
Marienstrasse Nr. 16
Nur noch heute und morgen!
Der Großfilm aus
der Franzosenzeit
„Der Henker“
In 6 grossen Akten schildert er uns
die schmachvolle Zeit
der Franzosenherrschaft.
Ergreifend! Erschütternd!
Weiter: 3390

Aus den Akten einer
anständigen Frau
oder
Das Opfer der Klatschsucht
Ein Drama in 5 grossen Akten.
Anfang abends 6 Uhr.

Norddeutsche
Saatkartoffeln
werden täglich von 8—3 Uhr in der alten
Eisguthalle (Ede Kriegs- und Ruppurrer-
straße) abgegeben.
Landwirtschaftl. Verein.

Kino- 3394
Vorführer
für sofort gesucht.
Zentral-Kino-Licht-
spiele Karlsruhe.

HOSEN
feldgr. u. Färbefarben
u. Blau, Zwickel u. Blau
Feinreuzstoffe,
Windjacken, Mäntel,
Wälder-Schürzen,
Gamaschen,
Trikot-Hemden, Unter-
hosen preisw. abgab.
H a i e r (Baden)
Wendelschloßplatz.

Anzüge, Hosen
gestreift und feldgrau,
blau und Drilling,
Sommer-Joppen
sonst. Kleidungs-Stücke
kaufen Sie billig bei
Glotzer
Zähringerstraße 53a.

Tisch-
Bett-
Wäsche
bearbeitet 3388
Schorpp
Kragen- Wäscherei.

Freiwillige Freimachung von Woh-
nungen für den Wohnungsmarkt.
Nach Beschluß des Stadtrats können künftig bei
freiwilliger Freimachung unbenutzter Wohnungen
für den Wohnungsmarkt der Stadt Baden-Baden durch:
a) Wegzug auf das Land oder überhaupt auf Wohn-
ort der Stadt Baden-Baden unter Verzicht auf Wohn-
ungstausch und ohne das Vorliegen zwingender
Gründe für die Verlegung des Wohnortes auf an-
dere Stadt Baden-Badens;
b) Bereinigung von Wohnungen durch Aufgabe
einer Wohnung und Zusammenlegung des Haus-
halts oder der Wohnung Baden, wenn nicht
Bereinigung eine völlig freiwillige ist und nicht
zur Umgehung von Beschlüssen des Stadtrats
zur Umgehung von Beschlüssen des Stadtrats erfolgt
Bereinigungen d. Wohnungsmarktes erfolgt
Bereinigungen bis zur Höhe von 1000.—
— Kaufmännisch Markt —
je nach Größe und Art der freizumachenden Wohnung
bewilligt werden.
Anträge sind beim städt. Wohnungsamte einzureichen
Wohnungsamte

Städt. Freibank.
Friedhofstraße.
Donnerstag, b. 9 bis 10 Uhr
Nr. 3101—3300 737

Futtermittel!
Oberbadischer Hof,
In. Weizenkleie, Weizen-
schmelz, Hünerfutter
(eine Körner) empfiehlt an
Selbstverbraucher 3387

Albert Schneider
Karlsruhe-Mühlburg
— 26 Hardtstraße 26. —

Palast-Theater
Herren-Strasse.

Ab heute!
Grosser Doppel-Spielplan
Das große Meisterwerk der
Maxim-Klasse
Schatten der
Vergangenheit
Schauspiel in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
Erich Kaiser-Titz, Rudolf
Biebrach, Gertrud Welker,
Erna Hauk.

Die
Satansfratze
Sensations-Drama in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Inge van Heer und Jack
Mylong.
3393

Kleiner Festhallsaal.
Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr
Revalo-Konzert
Ausführende:
Das Rheinische Streich-Quartett
Julian Gempert, Robert Helmreich,
Ottomar Borwitsky, Paul Barth,
Elly Barth-Baum (Klavier)
Programm: Schubert: Quartett A-moll,
Brahms: Trio H-Dur, Smetana: Quar-
tett E-Moll.
Die Streichinstrumente sind von der
Revalo-Tonveredlungs-A.-G. Berlin,
angefertigt worden. 3388
Vertreter: Hermann Post, Adlerstr. 33
Karten zu 12.—, 9.— und 6.— (einschl.
Steuer) in der Musikalienhandlung
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Schlafzimmer-Bilder
preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen
Schlösser Kunsthandlung, Kaiserstraße 28.

Konjunkturverein für Bretten u. Umg.
e. G. m. b. H.
Sonnat, den 23. April, nachmittags 7/8 Uhr
findet im Saal d. „Badischen Hof“ unsere jährliche
General-Versammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Rapport- und Geschäftsbericht.
2. Eröffnung des Geschäftsjahres.
Anträge zur Generalversammlung müssen 3 Tage
vor der Versammlung dem Vorstande eingereicht
werden. 1338
Der Aufsichtsratsvorsitzende
Heinrich Heimeidach.

Baden-Baden.
Des Jahresabschlusses wegen bleibt die Stadtkasse
am Donnerstag, den 20. April
für das Publikum geschlossen.
Stadtvorrechnung.

Freiwillige Freimachung von Woh-
nungen für den Wohnungsmarkt.
Nach Beschluß des Stadtrats können künftig bei
freiwilliger Freimachung unbenutzter Wohnungen
für den Wohnungsmarkt der Stadt Baden-Baden durch:
a) Wegzug auf das Land oder überhaupt auf Wohn-
ort der Stadt Baden-Baden unter Verzicht auf Wohn-
ungstausch und ohne das Vorliegen zwingender
Gründe für die Verlegung des Wohnortes auf an-
dere Stadt Baden-Badens;
b) Bereinigung von Wohnungen durch Aufgabe
einer Wohnung und Zusammenlegung des Haus-
halts oder der Wohnung Baden, wenn nicht
Bereinigung eine völlig freiwillige ist und nicht
zur Umgehung von Beschlüssen des Stadtrats
zur Umgehung von Beschlüssen des Stadtrats erfolgt
Bereinigungen d. Wohnungsmarktes erfolgt
Bereinigungen bis zur Höhe von 1000.—
— Kaufmännisch Markt —
je nach Größe und Art der freizumachenden Wohnung
bewilligt werden.
Anträge sind beim städt. Wohnungsamte einzureichen
Wohnungsamte